

## „Reformbilanz / Reformperspektiven Deutschlands“

Den Abschluss des *CeGE*-Forschungskolloquiums im Sommersemester bildete am 14. Juli 2005 der öffentliche Vortrag von Prof. Dr. Dr. h.c. Bert Rürup (TU Darmstadt). Der Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung referierte zum einen über die bereits von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten wirtschaftspolitischen Reformen, zum anderen befasste er sich mit den noch anstehenden Aufgaben im Rahmen der Reformagenda. Angesichts der demographischen Entwicklung sieht der Wirtschaftsweisen v.a. Handlungsbedarf beim Renteneintrittsalter und bei der Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung.

Im wesentlichen untergliederte sich der Vortrag von Bert Rürup in vier Teile. Im ersten Teil nahm der Referent eine Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Situation Deutschlands vor und stellte seine persönliche Einschätzung der Lage dar. Rürup ging hierbei speziell auf die Wachstumsschwäche der deutschen Volkswirtschaft sowie die Arbeitsmarktproblematik ein, hob aber im Gegenzug die Exportstärke deutscher Unternehmen im internationalen Vergleich positiv hervor. „Wir sind viel besser als wir glauben“ lautete daher das Credo des ersten Teils seines Vortrages – angelehnt an den gleichnamigen Buchtitel seines Sachverständigenrats-Kollegen Peter Bofinger, auch wenn die Argumentationslinien beider Wissenschaftler nicht in jedem Punkt identisch sind.

Im zweiten Teil seines Referates zog der Vortragende eine Reformbilanz der deutschen Wirtschaftspolitik seit der Bundestagswahl 2002. Zahlreiche tief greifende Reformen seien seitdem auf den Weg gebracht worden, so Rürup. Dennoch äußerte er sich auch kritisch bezüglich zweier wesentlicher Punkte. Zum einen kritisierte er die anhaltende politische Immobilität in Deutschland. Zum anderen richtete sich seine Kritik gegen die so genannte ‚föderale Politikverflechtungsfalle‘ des deutschen Systems, indem heutzutage viel zu viele Gesetzesvorhaben der Zustimmung des Bundesrates bedürften.

Während Teil eins und zwei des Vortrages sich der Bestandsaufnahme bzw. der Reformbilanz widmeten, wandte sich der Referent im dritten Teil den Reformperspektiven Deutschlands zu und äußerte sich zu den zukünftig noch anstehenden



Prof. Dr. Dr. h.c. Bert Rürup

Aufgaben im Rahmen der Reformagenda. Die Sanierung der öffentlichen Finanzen, die Umfinanzierung bzw. der Umbau der sozialen Sicherungssysteme sowie die Weiterführung der Arbeitsmarktreformen seien die drei Hauptbereiche zukünftiger Reformen. Bei seinen Ausführungen wandte er sich vornehmlich dem zweiten angesprochenen Bereich zu. Hierbei nahm er speziell zu Fragen der Ausgestaltung eines zukünftigen Steuersystems sowie zum Umbau des deutschen Sozialstaats Stellung und kündigte gleichzeitig für Ende dieses Jahres die Vorlage eines vom Sachverständigenrat erarbeiteten Konzeptes eines dualen Steuersystems nach skandinavischem Vorbild an.

In einem kurzen Fazit plädierte Prof. Rürup nochmals eindeutig für die Fortführung der eingeleiteten Reformen und schloss mit den Worten eines alten deutschen Sprichwortes: „Wenn Dir das Wasser bis zum Hals steht, dann lass den Kopf nicht hängen.“

Mit seinem äußerst engagierten Vortrag begeisterte Rürup die Zuhörer im überfüllten Hörsaal. In der sich anschließenden lebhaften Diskussion zwischen dem Referenten und dem Auditorium nahm Rürup zu Fragen einer möglichen Mehrwertsteuererhöhung, zur Arbeitsmarktproblematik sowie zum angekündigten Konzept eines dualen Steuersystems Stellung.

Sascha Wolff, *CeGE*

### Inhalt:

Reformbilanz / Reformperspektiven Deutschlands	S. 1
Kommentar: Die EU-Osterweiterung und der westeuropäische Wohlfahrtsstaat	S. 2
Kommentar: Breitenwirksames Wachstum in den Neunzigern: Ergebnisse von 14 Länderstudien	S. 3
<i>CeGE</i> -Intern	S. 4

## Kommentar

### *Die EU-Osterweiterung und der westeuropäische Wohlfahrtsstaat*

Im Zusammenhang mit der Osterweiterung der Europäischen Union werden gelegentlich Befürchtungen geäußert, der Beitritt ärmerer mittel- und osteuropäischer Länder werde für die sozialen Sicherungssysteme in den westeuropäischen Ländern zu einer zusätzlichen Belastung mit der Folge notwendiger sozialer Einschnitte. Zwei Begründungen werden dafür vorgebracht. Zum einen bewirke die Osterweiterung eine massenhafte Zuwanderung von Geringverdienern aus den Beitrittsländern in die sozialen Sicherungssysteme Westeuropas, was diese an die Grenze ihrer finanziellen Belastbarkeit führe. Zum anderen seien die neuen Mitgliedsstaaten mit niedrigen Löhnen und niedrigen Steuern und Sozialbeiträgen anziehend für Unternehmen aus dem Westen. Deren Abwanderung in den Osten setze den teuren westeuropäischen Wohlfahrtsstaat auch von der Einnahmenseite her unter Druck.

Eine Migration in soziale Sicherungssysteme wird durch die Rechtslage erheblich behindert. So ist in den Sozialversicherungssystemen, wie sie z.B. in Deutschland, Frankreich oder Österreich dominieren, der Anspruch auf Sozialleistungen an vorangegangene Einzahlungen gebunden, sodass eine bloße Zuwanderung ohne Erwerbsarbeit im Zielland nicht zu Ansprüchen auf Sozialleistungen führt. Doch auch bei steuerfinanzierten Leistungen, wie im Rentensystem Dänemarks, entsteht ein Leistungsanspruch oft erst nach längerem Aufenthalt im Lande. Schließlich garantiert die EU zwar grundsätzlich die Freizügigkeit aller ihrer Bürger, jedoch besteht auch nach der neuen Freizügigkeitsrichtlinie von 2004 ein längerer Aufenthaltsanspruch in einem anderen EU-Land nur für Unionsbürger, die nicht auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Das hohe Niveau der sozialen Absicherung macht (neben den hohen Löhnen) die Arbeitsmärkte in Westeuropa für Arbeitskräfte aus den Beitrittsstaaten attraktiv. Dies führt jedoch zunächst dazu, dass die Zahl der Beitragszahler wächst. Erst später kommt es zur Zunahme der Zahl der Leistungsempfänger. Doch selbst dieser Effekt erscheint fraglich zu sein, weil auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit erst nach langen Übergangsfristen vollständig gegeben sein wird und die großen kulturellen und sprachlichen Barrieren ohnehin Wanderungen erschweren. Ein Wettbewerb von sozialversicherten westeuropäischen Arbeitskräften mit sozial ungesicherten Schwarzarbeitern aus den Beitrittsländern ist zwar gefährlicher, aber nur begrenzt möglich.

Somit bleibt das zweite Argument, der Druck auf den westeuropäischen Wohlfahrtsstaat durch Abwanderungen von Unternehmen in osteuropäische Niedrigsteuer-Länder. Tatsächlich sind in den Beitrittsländern oft die Unternehmenssteuern niedriger als im Westen, sodass für Unternehmen unter steuerlichen Gesichtspunkten eine Verlagerung sinnvoll sein kann. Führt dies dazu, dass der westeuropäische Wohlfahrtsstaat reduziert werden muss, um so Abgaben für Unternehmen senken zu können und als Investitionsstandort attraktiv zu bleiben?

Die Höhe von Steuern und Sozialbeiträgen ist nur ein Faktor unter vielen, der die Auswahl eines Investitionsstandortes durch ein Unternehmen bestimmt. Wichtiger sind zumeist die Nähe zu



Dr. Ingmar Kumpmann

großen und expandierenden Absatzmärkten, die Anwesenheit von qualifizierten Arbeitskräften, die Nähe von Lieferanten, Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen z.B. in der Forschung, die Qualität der Infrastruktur, die Lohnkosten usw. In Bezug auf die meisten dieser Kriterien schneiden die neuen EU-Mitgliedsländer eher schlecht ab. Mit ihren niedrigen Steuersätzen können sie allenfalls andere Standortnachteile teilweise ausgleichen. Im Jahr 2004 entfielen von allen Bruttoanlageinvestitionen, die in den 25 EU-Ländern getätigt wurden, nur 5 Prozent auf die neuen Mitgliedsländer, obwohl dort 16 Prozent der Bevölkerung lebt.

Vor allem die Herausbildung von Ballungsräumen wirtschaftlicher Aktivität ist in den osteuropäischen Ländern noch lange nicht im gleichen Maße wie im Westen gelungen. Solche Ballungszentren oder Agglomerationen entwickeln oft eine Eigendynamik, da für Unternehmen die Ansiedlung an solchen Standorten besonders attraktiv ist, an denen bereits viele andere Unternehmen vorhanden sind. In den Agglomerationen finden sie andere Unternehmen als Lieferanten, als Kunden und als Kooperationspartner, sowie in der Bevölkerung eine hohe Kaufkraft. Westliche Standorte beherbergen viele solcher Agglomerationen, die bei offenen Grenzen oft von der Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte oder weiterer Unternehmen profitieren können. Die Vorteile der Ansiedlung in einer Agglomeration sind für die Unternehmen oft so groß, dass auch die Erhebung von Steuern und Sozialbeiträgen durch den Staat keine Abwanderung provoziert. Dies ist auch ein Grund, weshalb sich der westeuropäische Sozialstaat trotz Globalisierung und trotz aller neoliberaler Rhetorik in den letzten 20 Jahren als außerordentlich robust erwies.

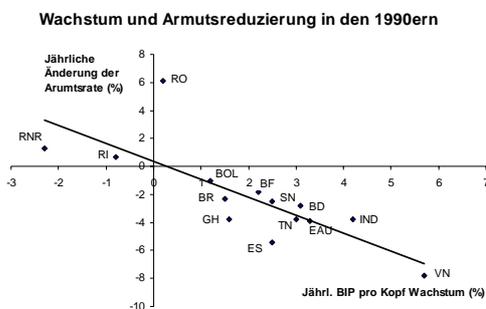
Die Befürchtung, das westeuropäische Sozialmodell gerate ausgerechnet durch die wirtschaftlich schwächeren Länder Mittel- und Osteuropas unter Druck, erscheint somit nicht berechtigt zu sein. Die größere Gefahr für den westeuropäischen Wohlfahrtsstaat entsteht dadurch, dass mit dem wachsenden Bevölkerungsanteil alter Menschen der sozialpolitische Bedarf zunimmt, während andererseits die Finanzierungsspielräume begrenzt sind, da eine weitere Erhöhung der Sozialabgaben weder politisch durchsetzbar noch – angesichts der Probleme am Arbeitsmarkt – sinnvoll erscheint.

Dr. Ingmar Kumpmann

## Projektbericht

### Breitenwirksames Wachstum in den Neunzigern: Ergebnisse von 14 Länderstudien

Die Fokussierung der internationalen Entwicklungspolitik auf das Ziel der Armutsreduzierung hat die Frage nach Wachstumsstrategien aufgeworfen, welche insbesondere die Einkommen der Armen erhöhen, d.h. breitenwirksam sind. Länderübergreifende makroökonomische Analysen konnten bisher auf diese Frage nur unzureichend antworten. Sie fanden zwar generell einen positiven Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Armutsreduzierung und konnten bestimmte makroökonomische Politiken als besonders wachstumsfördernd herausstellen (makroökonomische Stabilisierung, die Beseitigung interner und externer Ungleichgewichte, ein wettbewerbsfähiger Wechselkurs, funktionierende Faktormärkte). Die Heterogenität der Ländererfahrungen bei Wachstum und Armutsreduzierung erschwerten es, hieraus allgemeingültige Zusammenhänge abzuleiten. Deshalb haben Ende 2003 die *Agence Française de Développement*, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (mit KfW und GTZ), das *Department for International Development* (GB) und die Weltbank ein Projekt mit dem Titel 'Operationalizing Pro-Poor Growth' (OPPG) ins Leben gerufen. Kern dieses Projektes waren 14 Länderstudien (Bangladesch, Bolivien, Brasilien, Burkina Faso, El Salvador, Ghana, Indien, Indonesien, Rumänien, Senegal, Tunesien, Uganda, Vietnam und Sambia), die systematisch die Armuts- und Verteilungswirkungen von Wirtschaftswachstum analysieren sollten. Zwei der 14 Studien – Bolivien und Burkina Faso – wurden an der Universität Göttingen durchgeführt.



Zunächst haben die Länderstudien bestätigt, dass Wirtschaftswachstum zwar generell armutsmindernd wirkt – im Durchschnitt hat in den 14 Ländern ein einprozentiger Anstieg des BIP pro Kopf Armut um 1,7 Prozent reduziert – und sicher als notwendige Bedingung für Armutsreduzierung angesehen werden muss. Wie die obige Abbildung zeigt, kann der Zusammenhang von Land zu Land aber ganz unterschiedlich ausfallen. Diese Heterogenität liegt zum einen in den Ausgangsbedingungen und zum anderen in den Quellen des Wachstums begründet.

Als relevante Ausgangsbedingungen sind insbesondere die folgenden zu nennen: Die Bevölkerungsdichte und der Urbanisierungsgrad, da sie Marktzugang und Transaktionskosten beeinflussen; der Anteil der armen Bevölkerung, der in der Landwirtschaft tätig ist, da dies Einfluss darauf hat, inwieweit Armutsreduzierung über Wachstum außerhalb der Landwirtschaft erreicht werden kann. Klimatische Schwankungen, da sie



Prof. St. Klasen, PhD



J-Prof. M. Grimm

investitions- und wachstumshemmend sind; die Ungleichheit der Verteilung von Einkommen, Vermögen (insbesondere Land) und Humankapital, weil sie ärmere Bevölkerungsgruppen von produktiven Investitionen abhält und damit dauerhaft vom Wachstum ausschließt; und die Qualität und Kapazität staatlicher Institutionen, da diese Einfluss darauf haben, inwieweit öffentliche Investitionen der armen Bevölkerung zugute kommen.

Hinsichtlich der Quellen des Wachstums ist es wichtig, nach dem Entwicklungsstand der Länder zu unterscheiden. In den aufstrebenden Niedrigeinkommensländern Asiens hat insbesondere der starke Anstieg der Produktivität in der Landwirtschaft zu breitenwirksamem Wachstum beigetragen. Der Produktivitätsanstieg wurde v.a. durch öffentliche Investitionen in landwirtschaftliche Forschung, breitem Zugang zu Bewässerungssystemen, Dünger und Pestiziden getragen. In Vietnam haben darüber hinaus eine Landreform sowie Handels- und Preisliberalisierung wichtige Impulse gesetzt. In den Niedrig- und Mitteleinkommensländern Lateinamerikas hat insbesondere eine gute Entwicklung des sekundären und tertiären Sektors zum Wachstum beigetragen, welches über eine verstärkte Migration vom Land in die Städte und einer dadurch verursachten Erhöhung der Arbeitsproduktivität im landwirtschaftlichen Sektor teils armutsmindernd wirkte. Allerdings stellt die noch sehr ungleiche Landverteilung weiterhin ein Hindernis dar. In den Niedrigeinkommensländern Afrikas hat gerade die nur sehr langsame Erhöhung und teilweise sogar stagnierende Entwicklung der Produktivität in der Landwirtschaft dazu geführt, dass Wachstum oft nur wenig breitenwirksam war. Für diese Gruppe sind insbesondere die folgenden Maßnahmen für eine nachhaltige Armutsreduzierung wichtig. Wachstum muss zunächst dort entstehen, wo die arme Bevölkerung arbeitet, da die *Spill-over Effekte* aus Sektoren mit geringer Arbeitsintensität meist nur sehr schwach sind. Es müssen Investitionen getätigt oder ermöglicht werden, die die Produktivität in der Landwirtschaft erhöhen. Der armen Bevölkerung muss Zugang zu regionalen und internationalen Märkten ermöglicht werden. Dies kann durch Investitionen in Infrastruktur, sowie Verfügbarkeit von Kleinkrediten erreicht werden. Schließlich, entgegen der im sogenannten 'Washington Consensus' vorherrschenden Meinung, sollte der Staat eine aktive Rolle nicht nur bei der Schaffung von Rahmenbedingungen spielen, sondern auch bei der Unterstützung des Wachstums in Sektoren, in denen die Armutswirkung am größten ist, sowie bei der Bereitstellung von Investitionen in Gesundheit, Bildung und Infrastruktur.

Prof. Stephan Klasen, PhD / J-Prof. Dr. Michael Grimm

## CeGE-Intern:

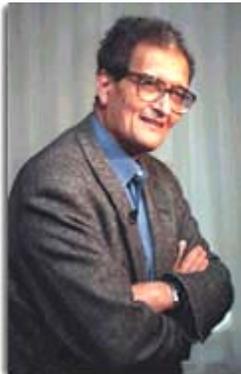
### Ehrungen

Zur Entgegennahme der Ehrendoktorwürde der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen hielt sich **Prof. Amartya K. Sen** von der Harvard Universität Anfang Juli an der Georgia Augusta auf. Während seines Aufenthaltes in Göttingen stand er auch in dem von Prof. Klasen organisierten Seminar „Topics in poverty and inequality analysis“ als Diskutant zur Verfügung.

Dem **CeGE** gab er ein Interview, welches auszugsweise hier veröffentlicht ist.

**CeGE:** *There have been lately discussions whether China could become a „super-power“ by the year 2025. Could China become a new hegemon?*

**Prof. Sen:** There is one hegemon in the world now and that's the United States, there is no other. Europe if spoken with one voice probably could compete, but it hasn't been speaking with one voice as we know in Iraq and as we know in many other cases. But I don't know if China would be able to reduce the importance of Europe and America to the extent that China can dictate to the world. Can China become like the United States as it is today in 2005? The answer is: No, I would have thought not. Because that required a tremendous change and drop in the



Prof. Amartya K. Sen

position of the North Americans and Europeans and also Japan, which is a big power and a large country to make that happen. So, I find that all very difficult to understand. Can the Chinese be a super-power in the sense of being the largest economy in the world? It's not far from that already and it could certainly be that. Can China get to living conditions of Europe and America by lowered infant mortality, by higher life expectancy? Yes, it probably could do that. But that wouldn't

make it a hegemon, it would mean that it would have caught up with Europe and America. I think this hegemon-idea of China is used to scare people.

### Diskussionspapiere

- Auf der **CeGE** – Homepage liegen zwei neue **CeGE** – Diskussionspapiere zum Download bereit. Beitrag 47 mit dem Titel „Explaining the Trend and the Diversity in the Evolution of the Stock Market“ wurde von **Niloy Bose** und **Rebecca Neumann**, ehemalige Gastprofessorin am **CeGE** im Sommersemester 2005, verfasst. **Johannes Rincke** und **Robert Schwager** beschäftigen sich im Beitrag 48 mit „Skills, Social Mobility, and the Support for the Welfare State“.

### Impressum:

**Herausgeber:** Centrum für Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft, Georg-August-Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen  
Email: [cege@uni-goettingen.de](mailto:cege@uni-goettingen.de), Tel. 0551 / 39 70 91, Fax 0551 / 39 70 93, Geschäftsführende Direktorin: Prof. Dr. Renate Ohr, Web-Site: [www.cege.wiso.uni-goettingen.de](http://www.cege.wiso.uni-goettingen.de),

**Redaktion:** Prof. Dr. Renate Ohr

**Layout:** Susanne Lechner **Druck:** GWDG, Göttingen

## Studiengang Internationale Wirtschaft

- Der vom **CeGE** betreute volkswirtschaftliche Bachelor- und Master-Studiengang Internationale Wirtschaft erfreut sich weiterhin großen Interesses: Zum beginnenden Wintersemester 2005/2006 gab es für den auf 70 Studienplätze pro Semester beschränkten **Bachelor-Studiengang in Economics (BA)** 438 Bewerbungen, mit 418 Bewerbern aus der EU. Für den **Master-Studiengang International Economics (MA)** wurden 40 von 74 Bewerber/innen zugelassen, dabei 9 von 25 ausländischen Bewerber/innen.

### CeGE -Forschungskolloquium im WS 2005/06

Donnerstags, 16.15 – 17.45 Uhr,

Verfügungsbau, Platz der Göttinger Sieben 7, Raum 416

#### 20. Oktober 2005:

„Ein neues Maß für den Lebensstandard“

Prof. Dr. Wulf Gaertner, Universität Osnabrück

#### 27. Oktober 2005:

„What Does Evidence Tell Us About International Fragmentation and Outsourcing?“

Prof. Dr. Henryk Kierzkowski, Universität Genf

#### 10. November 2005:

„Technologische Kreativität und niedrige Löhne? Über die Ursachen der wachsenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Maschinenbaus in der Globalisierungsphase vor dem Ersten Weltkrieg“

Prof. Dr. Jochen Streb, Universität Hohenheim

#### 24. November 2005:

„Turning a Blind Eye: Costly Enforcement, Credible Commitment and Minimum Wage Laws“

Prof. Ravi Kanbur, PhD, Cornell University, USA

#### 08. Dezember 2005:

„Multilayered Governance und Verfassungstheorie im Völkerrecht“

Prof. Dr. Thomas Cottier, Universität Bern

(Veranstaltung in Kooperation mit dem Institut für Internationales und Europäisches Recht der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen)

**Diese Veranstaltung findet im ZHG 101 statt.**

#### 05. Januar 2006:

„Globale öffentliche Güter“

Inge Kaul, UN Development Programme, New York

(Veranstaltung in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen)

**Diese Veranstaltung findet im ZHG 101 statt.**

#### 12. Januar 2006:

„Wachstumsimplikationen von ausschließbarer und nicht-ausschließbarer Infrastruktur“

Juniorprof. Dr. Ingrid Ott, Universität Lüneburg

#### 19. Januar 2006:

„Glücksforschung: Eine Revolution in der Ökonomie“

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Bruno S. Frey, Universität Zürich

**Diese Veranstaltung findet im ZHG 101 statt.**

#### 26. Januar 2006:

„Geldpolitik und globale Ungleichgewichte“

Prof. Dr. Gerhard Illing, Ludwig-Maximilians-Universität München